

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Beleg und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der heilige Berliner Pakt.

Drohung mit Obstruktion. — Was tut Stresemann?

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht heute morgen einen Artikel von Dr. Ritter-Walbeck gegen den „Vorwärts“, in dem sich folgende Sätze finden:

So kämpft der „Vorwärts“, wenn er juristisch auftritt! Er gibt zu, daß die Deutschnationalen ein „Angel“ auf den Vertrag geleistet hätten, also ein Recht auf Gegenleistung ihnen nicht abzustreiten sei, er rät aber, ihnen mit einem „Fußtritt“ zu antworten, statt mit der Gegenleistung. Damit die Sozialdemokratie die ganze Schwärze ihrer Seele enthüllt, womit sie erweist, was sie von der Heiligkeit der Verträge hält und damit, was man von ihr als Vertragsgegner zu erwarten hat. Wagt aber von Banditenpolitik der anderen zu sprechen!

Damit wäre also der Berliner Pakt heilig gesprochen, und die Deutschnationalen treten zum letzten Sturm auf die Futtertrippe an mit dem alten Kreuzfahrerruf: „Gott will es!“

Der „Berliner Volksanzeiger“ seinerseits findet die Lage furchtbar einfach:

Was geht dem Verlangen der Deutschnationalen Volkspartei nach maßgebender Mitregierung im Reiche stattgegeben, so ist alles auf das einfachste in Ordnung. Geschieht dies nicht, so wird die Partei, schon um ihrer Selbstachtung willen, zu der härtesten Opposition genötigt sein, die sie antändigt. Deren unmittelbare Folgen müßten eine Lahmlegung der parlamentarischen Geschäfte und eine innerpolitische Krise sein, wie sie abträglicher für Deutschland kaum vorgelegt werden könnte. Wir möchten hoffen, daß bei allen bürgerlichen Parteien genug Einsicht vorhanden wäre, um diese Dinge zu erkennen und richtig zu würdigen.

Der entrüstete Dr. Ritter von der „Kreuzzeitung“ möge sich fragen, ob das, was hier angekündigt und vorbereitet wird, etwas anderes ist als politisches Banditentum schlimmster Art. Um ihren Eintritt in die Regierung zu erpressen, kündigen die Deutschnationalen die Lahmlegung des Parlamentes, die Obstruktion an, sie drohen offen, daß sie dem, ach so heiß geliebten Vaterland bewußt und absichtlich den schwersten Schaden zufügen werden, wenn man sie nicht zu Ministern macht. Sie kämpfen nicht für sachliche, sondern für persönliche Forderungen, nicht für Ideen, sondern für Portefeuilles, sie drohen alles Tapuzuschlagen, wenn ihre persönlichen Forderungen nicht erfüllt werden.

Gegen ein solches Treiben muß jede Regierung Front machen, die die Verfassung beschworen hat und die es mit ihrem Eid ernst nimmt. Wohin soll es führen, wenn die Parteien durch Obstruktion ihre Beteiligung an der Regierungsgewalt zu erpressen versuchen? Ist es denkbar, daß ein solches Treiben von einem Mitglied der Regierung unterstützt wird?

Der „Tag“ gibt eine Antwort auf diese Frage, die äußerst sensationell wirkt. Er veröffentlicht eine Zuschrift von einer Seite, die über die Anschauungen der Deutschnationalen Volkspartei gut unterrichtet ist. Darin wird zunächst über den Ansturm der Linken gegen den Bürgerblock Klage geführt und dann wörtlich folgendes gesagt:

Jener Ansturm richtet sich aber nicht nur gegen die Deutschnationalen Volkspartei, sondern auch gegen Minister Strese-

mann. Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß Dr. Stresemann sich tollkühnig für die Rechtskoalition im Kabinett einsetzt. Es mag das denjenigen vielleicht wundern, der die politische Lage nicht genau sieht und besonders ihre Entwicklung nicht fortlaufend verfolgt hat, die seinerzeit durch den bekannten Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei nicht eingeleitet worden ist, sondern nur zum ersten Male sichtbaren Ausdruck erhalten hat. Deshalb wird auch bei einigen wenigen Sieseln der Deutschnationalen Volkspartei noch heute die Stimmungsmache gegen Stresemann mitgemacht. Bezeichnend für die Haltung der Gesamtpartei sind diese Stimmen aber keineswegs. Maßgebend dürfte vielmehr die klare Erkenntnis und Ueberzeugung sein, daß aus den erwähnten innerpolitischen und außenpolitischen Gründen die Deutschnationalen Volkspartei jetzt um Deutschlands Willen den Uebergang von der Oppositionspartei zur Regierungspartei vollziehen muß und will.

Hier wird also öffentlich ausgesprochen, daß die Deutschnationalen in ihrem Kampf gegen die Regierung Marx, den sie mit so eigenartigen Mitteln führen, den Reichsaussenminister Dr. Stresemann als ihren Bundesgenossen betrachten.

Das ist gegen einen amtierenden Minister eine geradezu ungeheuerliche Beschuldigung.

Kann Herr Dr. Stresemann sie widerlegen?

Deutschnationale Konfusion.

Sie bezichtigen sich selbst der Mystifikation.

Die Telegraphen-Union veröffentlicht eine Entschlieung, die angeblich von Führern „einer großen Anzahl von nationalen Gruppen und Verbänden Ost- und Norddeutschlands“ stammt, „die in gemeinschaftlicher langjähriger Arbeit zusammengekommen sind“. Die Entschlieung warnt die Reichsparteien vor weiteren Zersplitterungen und fordert eine „alsbaldige Umbildung der Reichsregierung unter Einbeziehung einer angemessenen Zahl von Vertretern der parlamentarischen Rechten“. Unterzeichnet ist die Entschlieung von dem bekannten, zum alten Stamm der entragierten Konfessionen gehörenden deutschnationalen Landtagsabgeordneten von der Osten.

Da die nationalen Verbände der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in demselben schärfsten Gegensatz zu den Deutschnationalen stehen und die Vaterländischen Verbände nur auf das Kommando des ebenso ehegeizigen wie furchtsamen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geister hören, ist nicht ersichtlich, welche Gruppen und Verbände sich so ängstlich hinter Herrn v. d. Osten verstecken. Wir würden deshalb an Herrn v. d. Osten die höfliche Bitte um Aufklärung richten, wenn uns die „Kreuzzeitung“ nicht dieses Rätsel erklärt. Sie nennt nämlich die von Herrn v. d. Osten unterzeichnete Rundgebung „einer großen Anzahl von nationalen Verbänden und Gruppen Ost- und Norddeutschlands“ kurzerhand eine Mystifikation. Dagegen läßt sich wenig sagen. Denn die „Kreuzzeitung“ muß ihre Pappenscheiter kennen.

Rußland und der Völkerbund.

Gegen nationalboltschewistische Missionen!

Man hat es bisher mit Recht als den schämmsten Rang des Völkerbundes bezeichnet, daß neben Deutschland auch Rußland und die Vereinigten Staaten dieser überstaatlichen Organisation nicht angehören. Das Fernbleiben dieser drei Großmächte war eine der wichtigsten Ursachen, daß der Völkerbund bisher kaum über die ersten Anfänge einer erspriesslichen Tätigkeit hinauskam und sich gegenüber den großen Problemen der internationalen Politik als ohnmächtig erwies.

Nun scheint in Verbindung mit dem sich anbahnenden Umschwung in der europäischen Politik, der durch die Londoner Konferenz gekennzeichnet wird, eine neue Periode in der Tätigkeit des Völkerbundes anzubrechen, in der diese Organisation energischer und aktiver als bisher an die Lösung der ihr gestellten Aufgabe herangehen kann. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist nach den Reden Macdonalds und Herriots in Genf, sowie nach den später abgegebenen Erklärungen führender Männer des Völkerbundes eine Frage, die unmittelbar vor der Entscheidung steht. Wenn die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik nicht von allen guten Geistern verlassen sind, werden sie, ungeachtet aller deutschnationalen und kommunistischen Sabotageversuche, diese Frage in bejahendem Sinne entscheiden. Eine andere Stellungnahme würde die Regierung nicht nur in den schärfsten Gegensatz zu der großen Mehrheit des deutschen Volkes bringen, sondern auch der deutschen Politik unabsehbaren Schaden zufügen.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Antragsstellung der Dawes-Belege dürfte in außerordentlichem Maße dazu beitragen, daß auch die Vereinigten Staaten, die sich jetzt der europäischen Politik wieder zugewandt haben, auch dem Völkerbunde gegenüber nicht mehr eine ablehnende Haltung einnehmen. Ihr Eintritt in den Völkerbund ist nur eine Frage der Zeit und hauptsächlich davon abhängig, ob die sich anbahnende politische und wirtschaftliche Befundung Europas genügend fest fundiert ist. Es bleibt also als großes Fragezeichen nur die Frage Rußland. Hier liegen die Dinge deshalb komplizierter, weil man es bei der Moskauer Sowjetregierung mit ausgesprochenen Konjunkturpolitikern zu tun hat, die es zwar ausgezeichnet verstehen, ihre Politik in ein scheinbar prinzipielles Gewand zu kleiden und ihre eigentlichen Ziele zu verhüllen, um schließlich doch aus opportunistischen Erwägungen heraus jeweils nach der Seite zu fallen, wohin die drängenden innerpolitischen Räte sie treiben.

Es ist kein Geheimnis, daß die maßgebenden politischen Kreise in Moskau mit größter Umwut sowohl die in London angebahnte Verständigung wie die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund verfolgen. Es ist ferner auch kein Geheimnis, daß eine starke Strömung in der Wilhelmstraße sich dafür einsetzt, nur gemeinsam mit Rußland in den Völkerbund einzutreten, also die Lösung dieser schicksalsschweren Frage von der Zustimmung der Moskauer Sowjetregierung abhängig zu machen. Diese Tatsache macht es notwendig, etwas eingehender auf die treibenden Kräfte der russischen Politik und auf die Stellungnahme der Moskauer Sowjetregierung zum Völkerbunde einzugehen.

Will man die allgemeinen Triebkräfte der russischen Politik in eine Formel zusammenfassen, so ist es die, daß Rußland bestrebt ist, die inneren Gegensätze und Widersprüche der internationalen Politik in geschickter Weise auszunutzen, um, gestützt auf die wirtschaftliche und geographische Geschlossenheit seines ungeheuren Gebietes, die Grenzen des ehemaligen Russischen Reiches wiederherzustellen, dem englischen und amerikanischen Imperialismus in Asien entgegenzutreten und das westliche Kapital in den Dienst der russischen Wirtschaftspolitik zu stellen.

Diese grundlegenden Tendenzen der russischen Außenpolitik sind in den letzten Jahrzehnten unverändert geblieben, einerlei, ob Rußland zaristisch oder kommunistisch regiert wurde. Seinerzeit hat der russische Zarismus seine Stellung in der internationalen Politik verwendet, um sich vom ausländischen Kapital, im Gegensatz zu dem Willen der großen Mehrheit des russischen Volkes, aushalten zu lassen und die inneren Gegensätze und Kämpfe der westlichen Imperialismen zur weiteren Ausdehnung seiner Macht auszunutzen. In ähnlicher Weise verfahren die jetzt in Moskau regierenden Kommunisten. Sie halten nach wie vor an der von Lenin im Jahre 1918 ausgegebenen Parole fest: „Wir müssen zwischen den Widersprüchen der europäischen Politik laviieren; das ist unsere einzige Rettung.“

Getreu diesem Prinzip hat die Moskauer Sowjetregierung in den letzten Jahren ihr ganzes Streben darauf gerichtet, die inneren Gegensätze in der internationalen Politik zur Befestigung ihrer Macht auszunutzen, einen Staat gegen den anderen auszuspielen, in die innere Politik anderer Länder einzugreifen und mit Hilfe der in ihren Diensten stehenden Truppen der kommunistischen Internationale die traditionellen Ziele der russischen Außenpolitik, die sie fälschlich als die Politik des internationalen Proletariats ausgab, zu verwirklichen. Ihr Hauptziel ist, um jeden Preis ihre Herrschaft, ihre Diktatur zu erhalten und deshalb schreift sie nicht davor zurück, einerseits die von ihr verführten Schichten des Proletariats in den westlichen Ländern als Kanonenhüter zu gebrauchen und ihre Stoßtruppen in die westlichen Parlamente zu entsenden, und andererseits den kapitalistischen Regierungen und kapitalistischen Konzernen die weitgehendsten Kon-

Die deutsch-englischen Verhandlungen.

„Klärung des Terrains“ in Berlin.

London, 19. September. Reuter meldet: Die Frage des Abschlusses eines deutsch-englischen Handelsvertrages ist kürzlich von der britischen Regierung in Erwägung gezogen worden. Bekanntlich hat Großbritannien gemeinsam mit den Alliierten auf Grund des Versailler Vertrags deutscherseits die Behandlung als meistbegünstigte Nation erhalten. Diese Bestimmungen werden aber binnen kurzem verfallen, und die verschiedenen beteiligten Nationen werden über die Bedingungen des Handels neue Abmachungen zu treffen haben. Die britische Regierung hat keinen endgültigen Vertragsentwurf aufgestellt, es sind aber durch die britische Botschaft in Berlin versuchsweise gewisse Vorschläge gemacht worden, und diese werden durch direkte Besprechungen ergänzt werden, die, wie man erwartet, im Laufe der nächsten Woche in Berlin stattfinden werden. Für diesen Zweck werden binnen kurzem Sachverständige des britischen Schatzamtes von London nach Berlin abreisen. Die Besprechungen, die sie in Berlin mit deutschen Sachverständigen haben werden, werden lediglich den Charakter einer Klärung des Terrains haben, damit die beiderseitigen Vertreter an ihre Regierungen berichten können. Ihre Arbeit wird lediglich vorbereitender Natur sein, um den Weg für den Abschluß eines endgültigen Vertrages zu einem späteren Zeitpunkt vorzubereiten. Man erwartet, daß die Besprechungen ungefähr drei Tage dauern werden.

Der Streit um die Besatzungskosten.

Die von uns gebrauchte Meldung, wonach die Besatzungsmächte von der Reichsregierung die Nachzahlung eines Betrages für die Besatzungskosten von 90 Millionen Goldmark verlangt haben, die Reichsregierung aber diese Forderung abgelehnt hat, wird an maßgebender Stelle als nicht richtig bezeichnet. Zugegeben wird, daß kürzlich in Paris Verhandlungen stattfanden, doch besaßen sich diese Verhandlungen lediglich mit den Berechnungs- und Zahlungsfragen mehr technischer Natur. Bis zur Stunde liegt ein Ergebnis dieser Pariser Besprechungen noch nicht vor.

Eine Anklagerede Lafolletes.

Für Revision und Abrüstung.

New York, 19. September. (U.) In seiner ersten Kandidatenrede griff der bekannte fortschrittliche Politiker Lafollette (dessen Präsidentschaftskandidatur bekanntlich von den Arbeiterorganisationen unterstützt wird. R. d. B.) die Methoden der alten Parteien an. Er geht ausführlich auf die von diesen Parteien während der letzten zehn Jahre verfolgten Politik ein, deren Folge die hinter uns liegende schreckliche Zeit war und die schließlich zur Errichtung der liberalen Regierungen in England und Frankreich führte. Aus dieser letzten Tatsache schöpft Lafollette neue Hoffnung für den fortschrittlichen Gedanken. Die neue progressive Richtung werde die alten amerikanischen Parteien hinwegfegen. Wenn wir fortschrittlich werden, führte er aus, werden wir in der Lage sein, unseren Einfluß für eine Revision des Versailler Vertrags geltend zu machen. Amerika könnte dann mit den übrigen liberalen Regierungen zusammen an einer wahren Abrüstung arbeiten und den Krieg für ungesetzlich erklären.

Der Bürgerkrieg in China.

Zuspitzung der Kämpfe. — Schanghai vor dem Fall.

Schanghai, 19. September. (U.) Luogung Shiang, der Militärgouverneur von Tschekiang, ist aus Hangschou nach Schanghai geflohen. Er hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er seine Bereitwilligkeit zum Rücktritt auspricht. In Hangschou hat der Zivilgouverneur die Unabhängigkeit proklamiert, um die Stadt vor den revoltierenden Armeen zu retten. Die im Süden stehenden Truppen von Tschekiang sind infolge Befehls zum Feinde übergegangen, der auf Hangschou vorrückt. Nur die Soldatentruppen von Schantung halten jetzt noch auf der Linie Liuhu-Kwangtu aus, ihre Kapitulation wird jedoch für heute abend erwartet, wodurch die Chinesenstadt von Schanghai den Kianglutruppen ausgeliefert wäre. Für die fremden Ansehungen hegt man aber keine Besorgnis infolge der Vorsichtsmaßnahmen, namentlich der Landung von internationalen Marinetruppen. Tausende von Flüchtlingen treffen in Schanghai ein.

